

Bern, 14. Februar 2020

**An ausgewählte Medien**  
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

### **Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien: Nur die Alten bleiben zurück**

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen wenig erstaunt zur Kenntnis, dass die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien im letzten Jahr zugenommen hat. Wie bei allen anderen EU-Staaten spielen dabei die aufgehobenen Kontingente eine tragende Rolle. Gerade die Situation dieser beiden Länder zeigt jedoch deutlich auf, welche Wirkung das Personenfreizügigkeitsabkommen in den schwächeren Volkswirtschaften oftmals entfaltet. Da der Arbeitsort in der gesamten EU ohne jegliche Regulierungen frei gewählt werden kann, kehren insbesondere qualifizierte Fachleute ihrer Heimat scharenweise den Rücken. Bereits heute sind etliche ländliche Gebiete beinahe entvölkert, wobei nur noch die ältesten Generationen zurückbleiben. Die Aufrechterhaltung einer elementaren Infrastruktur, etwa einer medizinischen Grundversorgung, wird vollkommen verunmöglicht. Anstatt einer ganzheitlichen wirtschaftlichen Entwicklung zementiert die Personenfreizügigkeit für die Staaten an der östlichen EU-Grenze den Zustand der Perspektivlosigkeit und somit der bestehenden Armut. Seit jeher setzen sich die SD für die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens, eines wirtschaftsliberalen Globalisierungs- und Wachstumsinstruments der EU, ein. Dieses prioritäre Ziel lässt sich mit einem Ja zur Begrenzungsinitiative am 17. Mai 2020 erreichen.

Schweizer Demokraten (SD)  
Adrian Pulver  
SD-Geschäftsführer